

## **Ursachen unserer Niederlagen – Perspektiven um wieder zu gewinnen**

DIE LINKE. Brandenburg hat seit 2009 eine Reihe von schweren Wahlniederlagen einstecken müssen. Von einem Wähler\*innenzuspruch von knapp 30 Prozent kommend, sind wir bei den Landtagswahlen am 1. September 2019 bei nunmehr 10,7 Prozent angelangt. Verluste gab es kontinuierlich seit 2009 bei den Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Davon positiv abgehoben haben sich wenige regionale Wahlerfolge, wie zum Beispiel bei der Landratswahl in Teltow-Fläming, Bürgermeisterwahlen in Templin, Heiligengrabe, Nuthetal, Müncheberg und nicht zuletzt bei der Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt (Oder).

Demgegenüber stehen Verluste von Bürgermeisterämtern in Eisenhüttenstadt, Fredersdorf-Vogelsdorf, Nuthe-Urstromtal, Werneuchen, Wildau, Hoppegarten und Hohen Neuendorf und zum Teil desaströse Ergebnisse bei verschiedenen Landrats- und Bürgermeisterwahlen.

Ich bin davon überzeugt, dass dieser kontinuierliche Rückgang beim Wähler\*innenzuspruch nicht auf eine einzelne Ursache zurück zu führen ist, sondern mehrere Faktoren, Ursachen und Rahmenbedingungen eine Rolle spielen, auf die ich nachfolgend etwas eingehen möchte.

1. Weltweit und nicht zuletzt in ganz Europa befinden sich linke und progressive Kräfte und Parteien in einer schwierigen Lage, verzeichnen schwere Niederlagen und vollziehen zum Teil Spaltungsprozesse, befinden sich in Selbstauflösung oder haben teilweise aufgehört zu existieren. Ehemals starke linke Parteien sind marginalisiert. Gleichzeitig haben weltweit reaktionäre, nationalistische und zum Teil offen faschistische Kräfte und Parteien enormen Zulauf, schöpfen ihre Wähler\*innenpotentiale voll aus und stellen in einigen Ländern Regierungen oder werden zumindest an Regierungen beteiligt. Bei aller notwendigen Selbstkritik sollten wir diese politischen Entwicklungen nicht aus den Augen verlieren, weil nicht nur DIE LINKE in Deutschland und in Brandenburg – um es vorsichtig auszudrücken – in Schwierigkeiten steckt. Und ja, es gibt international auch einzelne ermutigende Ergebnisse und Entwicklungen – ob es die sozialen Proteste in Chile sind oder die jüngsten Wahlerfolge der Peronisten in Argentinien oder der portugiesischen Genoss\*innen. Und es lohnt ganz sicher darüber nachzudenken, ob und wie man von diesen Ausnahmen lernen kann.
2. DIE LINKE in Deutschland ist immer noch eine junge Partei mit einer reichen und zeitgleich auch belastenden Geschichte aus der Historie ihrer Quellorganisationen. Ihr Zusammenschluss und ihre ersten großen Erfolge rühren nicht zuletzt aus den großen gesellschaftlich getragenen sozialen Protesten gegen die Politik der Agenda 2010 und der Hartz-IV-Gesetzgebung der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Nie zuvor hatte sich eine Partei links neben der Sozialdemokratie in Deutschland dauerhaft etablieren können. Ich bin davon überzeugt, dass wir immer noch nicht etabliert sind und die Gefahr des erneuten Scheiterns an der 5 Prozenthürde bei einer folgenden Bundes-

tagswahl nicht gebannt ist. Noch immer ist es nicht gelungen, stabile Parteistrukturen in ganz Deutschland aufzubauen, zeitgemäße – auch digitale – Formen des Mitmachens anzubieten und sich in allen Kommunalvertretungen und Landesparlamenten dauerhaft zu verankern. Teilweise gingen erreichte Fortschritte sogar aus unterschiedlichen Gründen wieder verloren. Gleichzeitig findet Aufbau und Wachstum der LINKEN vornehmlich in den alten Bundesländern statt, während die Partei in den neuen Bundesländern von Jahr zu Jahr größere strukturelle, finanzielle und personelle Probleme erfährt und die sprichwörtliche Talsohle noch lange nicht erreicht scheint. Abnehmende Ressourcen und Mitgliederzahlen bei zunehmenden politischen Herausforderungen führen mancherorts zu einem noch wachsenden Konflikt der Vereinnahmung von Aktiven durch Ämter und Funktionen. Die resultierende Überlastung schreckt potentielle Mitstreiter\*innen teilweise ab, die mitunter keine Möglichkeit oder Lust zur Mitarbeit mit dieser permanenten Belastung und Verantwortung haben oder sich mitunter auch von digitalen und projektbezogenen Engagementmöglichkeiten eher angezogen fühlen. Beides (kontinuierliche Arbeit und Verankerung sowie flexible Mitmachmöglichkeiten) flächendeckend miteinander zu verbinden, ist bisher nicht gelungen. Es gibt hier keine einfachen Antworten, sondern viele.

3. Dauerhafte Konflikte belasten nicht nur unser öffentliches Erscheinungsbild, führen zur Irritation und Verunsicherung und letztlich zur Abwendung der Wähler\*innen, sondern verschleiben auch die Kräfte der Genoss\*innen, führen zu Frust, Verletzungen, Resignation und nicht selten zum Aufgeben, manchmal auch zum Austritt aus der Partei. Uns gelingt es zu oft nicht, notwendige Diskussionen in der Sache statt auf persönlicher Ebene zu führen und produktiv aufzulösen, klare Entscheidungen auf einer nachvollziehbaren Grundlage zu treffen und wenn diese getroffen werden, sie auch zu akzeptieren, beziehungsweise Minderheitenpositionen zu respektieren und einzubinden. Das gemeinsam Verbindende gerät zu oft in den Hintergrund, Konflikte werden überbetont und teilweise über Jahre hinweg ausgetragen, ohne eine Entscheidung konstruktiv herbeizuführen. Zu diesen bundesweiten innerparteilichen Konflikten zähle ich unser Verhältnis zu Europa (proeuropäisch vs. europakritisch beziehungsweise antieuropäisch), unsere Position zu Zuwanderung und die Frage der offenen Grenzen, unser Verhältnis zum bedingungslosen Grundeinkommen und die lähmenden Debatten zu „Aufstehen“.

Und was wir nicht aus den Augen verlieren sollten: Kräfte, die für die Konflikte gebunden werden, stehen für notwendige Aufgaben in der Partei und für die Entwicklung neuer Politikangebote nicht zur Verfügung.

### **Die Regierungsbeteiligung der vergangenen 10 Jahre**

Dazu ist es notwendig, etwas tiefer zu gehen. Als wir 2009 erstmalig in die rot-rote Regierung eintraten, taten wir dies mit großem Selbstbewusstsein, mit einem großem Rückhalt in der

Bevölkerung, mit einem riesigen Sack von Erwartungen an uns – aber auch in dem Wissen und der Überzeugung, dass die Rahmenbedingungen, die uns erwarten würden nicht gerade rosig sind. Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung prognostizierten uns dauerhaft sinkende Staatseinnahmen, eine deutlich negative Bevölkerungsentwicklung und daraus abgeleitet, schwere strukturelle Probleme in der Fläche des Landes. Wir waren mehr oder minder davon überzeugt, dass diese düsteren Prognosen Realität werden könnten. Deshalb haben wir im damaligen Koalitionsvertrag unter anderem dem deutlichen Abbau der Landesverwaltung zugestimmt und die Bildung einer Enquetekommission zur Vorbereitung einer Verwaltungsstruktur- und Kreisgebietsreform forciert. Der damalige Beschluss des Landtages dazu wurde von Regierungs- und Oppositionsparteien getragen. Wir taten dies in dem Wissen um die vielen negativen Erfahrungen der Brandenburger\*innen mit der Kreisgebietsreform von 1993 und der Schönbohmschen Gemeindegebietsreform von 2004 und dem Willen, die damaligen Fehler nicht zu wiederholen. Der Abschlussbericht der Enquetekommission liest sich immer noch wie eine gute Absichtserklärung – nur hatten sich die Rahmenbedingungen deutlich verändert, als die Verwaltungsstrukturereform in der zweiten Legislatur von Rot-Rot ab 2014 umgesetzt werden sollte.

Unsere erste Regierungsbeteiligung wurde schwer belastet, durch die Debatte zum Umgang mit unserer Geschichte und der Tatsache, dass trotz eindeutiger Beschlusslage in der Partei zur Offenlegung der politischen Biografien, mehrere Fälle von Mitgliedern unserer Fraktion öffentlich diskutiert wurden, weil Tatsachen erstmalig beziehungsweise neue Tatsachen „auf-tauchten“. In der Folge gab es mehrere Rückgaben von Mandaten und einen Austritt aus der Landtagsfraktion. Diese Debatte bestimmte unser öffentliches Erscheinungsbild über mehrere Monate zu Beginn dieser Regierungsbeteiligung. Zum Ende der ersten rot-roten Regierung bestimmten dann der Rücktritt des ersten linken Justizministers und die daraus folgende Umbildung der Regierung das Bild. Nur kurz zuvor gab es zudem einen nicht konfliktarmen Wechsel an der Fraktionsspitze und auch einen Führungswechsel in der Landespartei. Im Wahlkampf belasteten uns zudem die Vorwürfe wegen Fahrtkostenbetrugs gegen zwei Mitglieder der Landtagsfraktion sowie die in die Schlagzeilen geratene Sommertour des Finanzministers, wo uns vorgeworfen wurde, diese Tour sei unerlaubte Wahlwerbung gewesen. Später stellte der Bundesrechnungshof klar, dass dies keinesfalls so zu werten war.

Inhaltlich bestimmte die Auseinandersetzung um die Braunkohleverstromung die Politik der Landespartei seit Eintritt in die Koalition. Im Wahlkampfabschlussbericht 2014 heißt es dazu: *„Im Wahljahr spitzte sich die Diskussion um die Energiepolitik mit der Kabinettsentscheidung zu Welzow II zu. Die folgende Kampagne von Greenpeace gegen die Glaubwürdigkeit der LINKEN, die bundesweit von den Medien aufgenommen wurde, erschütterte unsere Wählerschaft und die Partei.“*

Das Wahlergebnis zur Landtagswahl 2014 war ernüchternd. Von 27,2 Prozent fiel DIE LINKE. Brandenburg auf 18,6 Prozent. Von zuvor gewonnenen 21 Direktmandaten blieben nun noch 4 Direktmandate. Von 26 Landtagsmandaten blieben 17. Auch absolut wurden mehr als 193.000 Stimmen verloren und damit mehr als die Hälfte der bisherigen Wähler\*innen.

Im 40seitigen Wahlkampfabschlussbericht zum Wahlzyklus 2013/2014 findet sich in der Zusammenfassung nach dem Hinweis auf unser Mobilisierungsproblem (*„120.000 Menschen, die wir enttäuscht haben, die aber gleichzeitig auch keiner anderen Partei ihr Vertrauen geben wollten.“*) der Hinweis, wir seien in die Glaubwürdigkeitsfalle gelaufen: *„Wir dachten immer, so lange wir vor allem bei unserer Kernkompetenz – dem Sozialen – glaubwürdig bleiben, ist alles gut. Das reicht aber nicht. Die Diskussionen um die Entscheidungen zur Braunkohle, die bundesweit in den Medien waren, haben uns unglaubwürdig gemacht. Das Thema selbst war nicht wahlentscheidend, es hat aber unsere Wähler\*innen, die von uns höchste Integrität erwarten, enttäuscht und den Eindruck, wir seien auch nicht anders als die anderen, erweckt.“*

Mit dem heutigen Abstand müssen wir fragen: Sind wir wirklich bei unserer sozialen Kernkompetenz glaubwürdig geblieben? Ist der Abbau des Beschäftigtenstamms des Wohlfahrtsstaates nicht ziemlich dicht vorbei an dieser Kernkompetenz? Haben wir den sozialdemokratischen Konzepten zum haushaltsbedingten Rückbau staatlicher Strukturen ausreichend Widerstand geleistet oder haben wir sie nicht zu oft gerechtfertigt und damit quasi legitimiert? Wir sind den vermeintlichen Demographieexpert\*innen auf den Leim gegangen und hatten keine Reflexionsräume, um deren Prognosen ausreichend kritisch zu überprüfen. Wir haben mehrheitlich an diese Prognosen geglaubt, sie verteidigt, und waren daher eifrig dabei, dass Brandenburg vorrausschauender als alle anderen Ostländer seine öffentlichen Strukturen darauf einstellt. Haben wir die Tragweite der damaligen Entscheidungen hinreichend aufgearbeitet? Und warum haben wir nicht auf die mahnenden Worte von Genoss\*innen gehört, die schon 2014 warnten, dass sich das Land anders entwickelt, als Expert\*innen dachten?

Weiter heißt es in der Zusammenfassung von 2014:

*„3. Wir hatten einige Diskussionen um Personen und personelle Wechsel im Wahljahr. Wir artikulieren als Partei einen hohen moralischen Anspruch und damit werden wir auch genau daran gemessen. Wenn dann Fehler passieren, werden sie uns besonders negativ zugeschrieben. Auch dies ist schwer zu beheben, denn eine Partei besteht aus Menschen, und Menschen sind natürlich auch fehlbar. Und so hat sich auch dadurch bei vielen Wählerinnen und Wählern der Eindruck noch verfestigt, dass wir nicht anders als die anderen Parteien sind.“*

*4. Wir haben die Ängste der Menschen unterschätzt bzw. falsch eingeschätzt. Es war weniger die Angst vor dem sozialen Abstieg, sondern, und das sicher befeuert durch eine fast gemeinsame Kampagne von CDU und AfD, die Angst vor Kriminalität und Grenzkriminalität, aber auch vor Flüchtlingen. Diese Ängste aufzunehmen, aber nicht vor ihnen zu kapitulieren, das wird für uns eine politische Daueraufgabe werden.“*

Auch hier sollten wir aus heutiger Sicht den Blick noch einmal schärfer werden lassen: Neben dem reaktionären „law&order“-Element spielte auch die Polizeistrukturereform eine wesentliche Rolle, dass dieses Thema solch eine Bedeutung hatte. Während in vielen anderen Bereichen die konkreten Auswirkungen des Personalabbaus von Bürger\*innen nur vage erahnt und selten direkt „gespürt“ werden konnten, war die Polizeistrukturereform die Spitze des Eisbergs: Hier mobilisierten Polizeigewerkschafter\*innen selbst landauf, landab mit Unterschriftenlisten

gegen den Abbau von Polizeistellen und Wachen im hoheitlichen Kernbereich staatlichen Handelns. Ähnliches vollzog sich im Bereich der Justizpolitik.

Weiter heißt es in der Zusammenfassung von 2014:

*„5. Das gesellschaftliche Klima hat sich gewandelt. Bei den drei Landtagswahlen im Herbst ist in allen Ländern das Lager rechts der SPD stärker geworden. Gesellschaftlicher Protest, bei dem wir uns bisher darauf verlassen haben, dass er sich „links“ artikuliert, tut eben dies nicht mehr. Der Wahlerfolg der AfD aber auch die aktuelle Situation um Pegida zeigen, dass die Proteststimmung sich vor allem konservativ bis nationalkonservativ entlädt. Hier entsteht ein Dilemma: Versuchen wir diese Protestklientel (wieder?) an uns zu binden, verlieren wir linkes Profil, was uns für unsere Stammklientel unwählbar macht.*

*6. Damit im Zusammenhang: Die niedrige Wahlbeteiligung spricht für eine wachsende Distanz großer Bevölkerungsteile zum politischen System. Wir sind mittlerweile fest integrierter Bestandteil desselben, vor allem in Regierungsverantwortung. Unsere Rolle im Parteiensystem war jedoch in den 90er Jahren vor allem auch die Bindung derjenigen, die ebenfalls eine Distanz zum etablierten Parteiensystem haben. Mit der Etablierung haben wir einen Teil unserer Klientel verloren. Zwar ist es uns gelungen, in Hochzeiten der Hartz IV-Debatten oder auch in der Folge der Fusion von WASG und PDS noch einmal dieses Klientel zu binden. Vor allem durch die Regierungsbeteiligungen und die geringere Ausgrenzung der anderen Parteien ist unsere Rolle als Partei im etablierten Lager gewachsen. Damit sind wir nicht mehr der natürliche Ansprechpartner all derer, die sich außerhalb dessen verstehen.“*

Wir müssen uns fragen – auch für die zurückliegende Legislaturperiode: Haben wir genug dafür getan, diesen Draht nicht abreißen zu lassen beziehungsweise ihn herzustellen? Dafür dass wir so viel diskutieren, halten wir erstaunlich wenig (eigene/nahestehende) Kritik aus, und sind wenig in der Lage, diese offen anzunehmen.

Eine gewisse „Einkapselung“ haben wir auch damals (2014) analysiert, wo es weiter heißt:

*„7. Wir waren nicht nah genug an der Lebenswirklichkeit der Menschen. Unsere Stärke in den 90er Jahren war, dass wir in quasi jedem Verein, jeder Initiative verankert und erlebbar waren. Das sind wir nicht mehr und werden wir auch so einfach nicht wieder werden, angesichts sinkender Mitgliederzahlen und älter werdender Mitgliedschaft. Das Erkennen lokaler Konflikte und die Präsenz und das Stattfinden „mitten im Leben“ ist eine gemeinsame Herausforderung, die wir bewältigen müssen.“*

Vielleicht müssen wir heute genauer sein: Unsere Genoss\*innen vor Ort beweisen oft, dass sie ganz nah an der Lebenswirklichkeit sind – transportieren wir das immer genug in die Entscheidungsebenen (beziehungsweise warum nicht?) und was folgt daraus innerparteilich?

*„8. Wir haben die Herzen nicht erreicht. Emotionalität und Begeisterung aber auch klare Sprache und deutliche Ansprache sind die Schlüssel für das Erreichen der Herzen der Menschen. Dazu brauchen wir linke Identität und Identifikation. Mit den Jahren ist uns hier etwas verloren gegangen und wir haben ganz klar den Ton nicht gefunden. Oder anders: Wir sprechen nicht*

*mehr die Sprache der Menschen und deshalb haben sie nicht mehr den Eindruck, dass wir mit ihnen sprechen. Vielleicht sollten wir alle einen Kurs in „einfacher Sprache“ belegen, um dies zu heilen. Aber das ist es nicht allein. Sind wir wirklich noch an den Problemen der Menschen vor Ort „dran“? Hören wir noch zu oder verkünden wir lieber Botschaften? Nehmen wir wirklich jeden ernst, der sich an uns wendet? Und wieso gibt es so oft Beschwerden, man habe sich an uns gewandt und wir hätten nicht geantwortet?“*

Diese Fragen sind auch jetzt aktuell: Welche Haltung, welche politische Kultur wollen wir verkörpern? Wie ernsthaft gehen wir mit denen um, die uns um Hilfe bitten? Und wie können wir, auch wenn wir das Anliegen nicht teilen, dennoch in den Dialog treten?

*„9. Kompetenzzuschreibungen werden vor allem über die Bundespolitik geprägt. In der vergangenen Wahlperiode haben wir Ministerien besetzt, die nicht unserer Kernkompetenz entsprechen und wo wir trotz guter Politik kaum eine Steigerung bei den Kompetenzzuweisungen durch die Bevölkerung in diesen Themenbereichen erreichen konnten. Die bisher unbeantwortete Frage ist, wie sich die Kompetenzzuweisungen entwickeln, wenn wir in unserer Kernkompetenz arbeiten. Möglicherweise wird unser Handeln hier sogar doppelt honoriert: durch Affinität unserer Klientel für bspw. Sozialpolitik ist deren Aufmerksamkeit dabei gesteigert und wenn wir diese Aufmerksamkeit regelmäßig positiv bedienen, wird selbige Aktivität nicht nur stärker sondern auch positiver wahrgenommen. Wenn diese These stimmt, liegt hier auch eine besondere Gefahr: Ein Fehltritt führt dann auch zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für diesen Fehltritt und in der Folge zu einem größeren Glaubwürdigkeitsverlust.“*

In der vergangenen Wahlperiode hatten wir die Chance, mit dem Sozialministerium unsere Kernkompetenz zu vertreten. Jedoch ist diese prognostizierte stärkere Wahrnehmung unseres Klientels nicht eingetreten und wir müssen eingestehen, dass die durchaus vorhandene „linke“ Handschrift in diesem Bereich oftmals unter der Wahrnehmungsschwelle wie unserer Wähler\*innenschaft blieb. Hier spielt aber auch eine wichtige Rolle, dass wir die Grenzen der Landespolitik gerade in den zentralen Fragen der Sozialpolitik nicht gesehen haben, beziehungsweise nicht sehen wollten oder zu wenig deutlich gemacht haben. Die Skandalisierung dieser Grenzen – wie sie einst Regine Hildebrandt betrieb – ist uns nicht gelungen, wir waren zu brav.

*„10. Das demografische Problem: Der größte Teil unserer Wähler\*innen ist über 60 Jahren. Ein Teil derer, die uns noch in 2009 zuverlässig gewählt hat, ist inzwischen gestorben. Ein Teil unserer Stimmenverluste kommen auch daher. Gleichzeitig haben wir aber auch hier ein weitergehendes Problem: Die Parteibindung bei den Jüngeren ist wesentlich geringer ausgeprägt als bei den Älteren und die Jüngeren wählen stärker konservativ. Damit haben wir einen Prozess, dass uns einerseits Wähler\*innen durch Tod verloren gehen und gleichzeitig Generationen älter werden, die deutlich konservativer ticken. Dies muss, wenn dieser Prozess nicht umgekehrt werden kann, zwangsläufig dazu führen, dass unsere Stammwähler\*innenschaft schrumpft und wir stärker von gesellschaftlichen Stimmungen abhängig werden, als in der Vergangenheit.“*

Mit dem Wahlergebnis von 2014 wurden, unter dem gegenseitigen Versprechen jetzt alles anders und vor allem richtiger zu machen, ernsthaft Koalitionsverhandlungen geführt und hart mit der SPD gerungen. Der ausgehandelte Vertrag wurde durch die Mitgliedschaft einer Urabstimmung unterzogen. Mehr als 92 Prozent stimmten dem Vertrag zu.

Nunmehr wurden drei Ministerien besetzt. Neben dem Finanzministerium und dem Ministerium für Justiz-, Europa- und Verbraucherschutz wurde erstmalig das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie durch uns besetzt.

### **Skandale bestimmten das Bild, nicht linke Politik**

In diesen vergangenen fünf Jahren gaben weder Partei, noch die Fraktion, noch die Regierungsmitglieder ein gutes öffentliches Bild ab. Die oben genannten Ermittlungen gegen zwei ehemalige Landtagsabgeordnete wegen Betrugs belasteten uns die ganze Wahlperiode über und mündeten in Prozessen, in denen ein Angeklagter schuldig und der zweite frei gesprochen wurde (die Berufung steht noch aus). Die Fälle sind höchst unterschiedlich – medial wurde aber ein verheerendes Bild gezeichnet, was der Integrität und dem Ansehen der Partei schwer schadete, zumal beide nach dem Ausscheiden im Landtag als Mitarbeiter der Fraktion beziehungsweise eines Ministeriums angestellt wurden.

Die Landespartei stürzte sich Anfang 2016 auf dem Templiner Parteitag durch die Wahlen zum Vorstand selbst in eine Krise, die uns mehrere Monate zur Selbstbeschäftigung und Neuorganisation zwang. Ursächlich dafür waren unter anderem die als mangelhaft wahrgenommene Analyse des Wahlergebnisses von 2014, die nicht ausreichend diskutierte Frage zur Besetzung des Landesvorstandes mit hauptamtlichen Funktionär\*innen und sicherlich auch persönliche Konflikte.

Mitte 2016 folgte die Landesfahrzeugaffäre unseres Justizministers, mit wochenlangem Gezerre und zunehmenden Druck, welcher zum Rücktritt führte. Selbst die Art und Weise der Nachfolgesuche verlief unglücklich. Unmittelbar danach folgten die so genannte „Mont blanc-Füller Affäre“ und eine öffentliche Debatte um unsere Sozialministerin, auch wenn es keine Belege für ein Fehlverhalten gab.

Kurz darauf, noch im selben Jahr, folgte dann die „Fahrdienstaffäre“ eines Bundestagsabgeordneten von uns und unmittelbar danach der Arbeitsgerichtsprozess zwischen dem neuen Justizminister und seiner ehemaligen Wahlkreismitarbeiterin, die zudem noch schwerbehindert und Hartz-IV betroffen ist.

All das belastete die Partei in der Öffentlichkeit vor der Vertreter\*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2017 – ein guter Start in den Wahlzyklus sieht anders aus. Zumal in allen diesen „Fällen“ wiederum die persönliche Integrität von Menschen in Frage stand, die öffentlich für DIE LINKE standen. Bereits im oben zitierten Wahlkampfabschlussbericht hatten wir analysiert, dass gerade bei unseren Wähler\*innen solche Vorfälle besonders negativ wirken.

2017 folgten der Gerichtsprozess und die Verurteilung wegen schweren Betruges gegen einen der oben bereits angesprochenen ehemaligen Landtagsabgeordneten, die anschließende Kündigung durch die Landtagsfraktion und der folgende Arbeitsgerichtsprozess. Gegen den anderen ehemaligen Landtagsabgeordneten wurden die Ermittlungen mit einem hinreichenden Tatverdacht abgeschlossen, was dazu führte, dass er unaufgefordert seine Tätigkeit im Sozialministerium ruhend stellte, um Schaden von der Ministerin und der Partei abzuwenden.

2018 ereilte uns dann der Lunapharmskandal, der sich mehrere Wochen hinzog. Auch aufgrund des schlechten Krisenmanagements konnte nicht verhindert werden, dass sich die Debatte von den kriminellen Handlungen eines Pharmaunternehmens hin zu einem medial konstruiertem persönlichen Fehlverhalten verschob. Der letztendliche Rücktritt unserer Sozialministerin machte gleichzeitig die Planungen für eine Spitzenkandidatur zur Landtagswahl zunichte. Hinzu kamen noch regionale kleinere und größere Skandale von linken Mandatsträger\*innen.

Wenn man sich diese Chronologie vor Augen führt, erkennt man, dass sich die Partei und deren Führungsgremien, die Landtagsfraktion und die Regierungsmannschaft nahezu pausenlos in einem Krisenmodus befunden haben. Die notwendige inhaltliche, strategische, konzeptionelle und strukturelle Arbeit in und für die Partei kamen dadurch zu kurz beziehungsweise blieben trotz guter Ansätze einfach liegen. Die Partei nahm dies häufig als Regierungslastigkeit wahr. Dies war aber keine freiwillige Entscheidung. Es ging darum, möglichst weiteren Schaden von der Partei und unserer Glaubwürdigkeit abzuwenden. Nicht um ein ansehnlicher Regierungspartner zu sein, sondern um unser selbst willen. Aber: Ermüdung, Demotivation und eine teilweise Resignation waren deutlich spürbar.

In der Öffentlichkeit waren und sind unser Ansehen und unsere Glaubwürdigkeit nachhaltig erschüttert. Dies wiederzugewinnen wird länger dauern und ist unser aller Aufgabe. Dass dies gelingen kann, beweisen unsere Genoss\*innen in Berlin, die aus dem Fehler des Verkaufs landeseigener Wohnungen gelernt haben und derzeit in Regierungsverantwortung Vertrauen und Glaubwürdigkeit bei der Bekämpfung des Mietenwahnsinns besitzen.

Hinzu kamen öffentlich ausgetragene politische Auseinandersetzungen zu sogenannten „Herzenthemen“ der Partei, die dann noch zur Unzeit und gerne auch in aller Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Sie führten zu Mehrheitsbeschlüssen, die dann aber dennoch weiter diskutiert wurden. Prinzipiell sind Diskussionen Teil unserer linken DNA – und das ist auch gut so. Werden sie aber zu lähmenden Debatten, die sich auch dann noch im Kreise drehen, wenn alle Argumente ausgetauscht und Beschlüsse gefasst sind, führen sie zu Stagnation und wechselseitigem Augenrollen. Das haben allerdings weder die Themen, noch die Genoss\*innen verdient.

Erinnert sei an die Braunkohle- / Klimadebatte unmittelbar vor der Bundestagswahl und die heftig geführten Diskussionen im Land zu Polizei- und Verfassungsschutzgesetz Anfang 2019. Daneben nahmen sich die innerparteilichen Diskussionen zur Schuldenbremse und zur Autobahnprivatisierung noch harmlos aus.

Scheinbar hat die LINKE ein untrügliches Gespür dafür und den Hang dazu, notwendige Debatten zu „Unzeiten“ zu führen. Bei Gesetzesvorhaben mit hoher innerparteilicher und politischer Brisanz kam die Debatte zu spät. Das soll keine einseitige Schuldzuschreibung sein: weil das Thema noch nicht öffentlich war, verhallten Frühwarnungen unserer Regierungsmitglieder und der Fraktion mitunter. Im Ergebnis kam die Debatte der Partei dann erst mit Verzögerung – zu einem Zeitpunkt, als Kurskorrekturen schwieriger waren. Dies ist nur weiterer Beleg dafür, dass uns kontinuierliche kritische und strategische Reflexionsräume fehlten.

Ebenfalls mangelhaft war die politische Kultur der Debatte. Die Zeit und Energie, die wir in Diskussionen gesteckt haben, zu Themen, die nicht unseren Kernanliegen entsprachen und die nur einen kleinen Teil der Bevölkerung tatsächlich interessierten, hätten wir auch anders nutzen können: für das Weitertragen unserer politischen Botschaften und die Verknüpfung unserer erfolgreichen Gestaltungsarbeit mit dem Protest gesellschaftlicher Gruppen. Oder für die Debatte um unsere Wahlkampfaufrichtung, für lebendigen Streit um das beste Wahlprogramm aller Zeiten, für einen Wettbewerb um die beste Wahlkampfform.

Denn Erfolge linken Regierungshandelns von 2009 bis 2019 gab es durchaus und zwar gar nicht wenige. Erinnerung sei an die Einführung der Gemeinschaftsschule, den Einstieg in die Gebührenfreiheit bei Kitas (gegen den massiven Widerstand der SPD), die massiven Verbesserungen beim Betreuungsschlüssel, beim Vergabemindestlohn, bei der Einführung von Schulkrankenschwestern, bei der Sicherung der Krankenhausstandorte und dem Start der Pflegeoffensive, beim Kommunalen Investitionsprogramm, beim Stopp des Personalabbaus und dem begonnenen Personalaufbau im öffentlichen Dienst, bei der finanziellen Ausstattung der Kommunen, bei der Wiedereinführung der Grundzentren. – Die öffentliche wie auch die innerparteiliche Wahrnehmung war dennoch schlecht. Das erste folgte mitunter aus dem zweiten. Aber warum konnten wir das nicht hinreichend in die Partei und darüber auch in das Land vermitteln? Lag es daran, dass Regierungsmitglieder und Fraktion für diese Erfolge stellvertretend gekämpft haben und wir als Partei es nicht geschafft haben, diese Kämpfe gemeinsam mit den Betroffenen zu „unseren Kämpfen“ und damit auch „unseren Erfolgen“ zu machen?

So ging auch oft der Hinweis darauf ins Leere, dass wir sehr viele unserer Vorhaben aus den Wahlprogrammen und den Koalitionsvereinbarungen umgesetzt haben und sogar noch weitere positive Dinge, die gar nicht Bestandteil des Wahlprogramms waren, geschweige denn des Koalitionsvertrages.

Trotz dieser Erfolge haben wir große Teile unserer Wähler\*innenschaft enttäuscht, beziehungsweise den Eindruck hinterlassen, dass wir nichts erreicht haben. Die Tragweite des Personalabbaus in der ersten Regierungsperiode und die als dessen Fortsetzung wahrgenommene (versuchte) Verwaltungsstrukturreform in der zweiten Regierungsperiode mögen ein wesentlicher Faktor dabei sein. Auch hier gilt wie bei den moralischen Standards: angesichts der hohen Forderungen der LINKEN verzeiht man ihr einen praktischen Widerspruch zu diesen am wenigsten. Dementsprechend konnten auch der Stopp des Personalabbaus und der begonnene Personalaufbau im öffentlichen Dienst nicht überzeugen, erinnerte dies doch stets daran, was die LINKE zuvor mitgemacht hatte.

## **Strategische und politische Fehler**

Die von uns gewollte und eingeforderte breite Debatte über die Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform war anfangs vom Willen zur Sachlichkeit geprägt, durch das unglückliche Agieren Einzelner wurde die Debatte aber immer mehr vergiftet. Die LINKE geriet in Erklärungsnot und vor allem ihre kommunalen Abgeordneten unter Druck. Wesentliche Grundannahmen, die dieser Reform zu Grunde lagen, wurden von der Wirklichkeit ad absurdum geführt. Die Finanzkraft der Kommunen stieg und steigt – auch mit Unterstützung der LINKEN in der Regierung – und nahm nicht etwa ab. Die Bevölkerungsentwicklung verlief und verläuft weniger dramatisch als gedacht und in Landkreisen mit Berlinanbindung findet sogar ein Bevölkerungsanstieg statt, der zunehmend in die Kleinstädte im ländlichen Raum ausstrahlt. Die dadurch entstehenden Probleme (Infrastrukturausbau, Wohnungsnot, Mietenwahnsinn, Verkehrsinfarkt, Kitaplatzmangel) hatte DIE LINKE auf Landesebene genauso wenig auf dem Schirm wie ihr Koalitionspartner.

Berechtigter Weise entwickelte sich zunehmender Frust in der Partei und das Gefühl, auf die Basis wird nicht gehört. Es verfestigte sich der Eindruck, dass DIE LINKE die letzte „Verteidigerin“ dieser Reform ist, spätestens als eine Vielzahl von SPD-Gliederungen öffentlich ihre Abkehr von der Reform verkündeten. Es passte ins Bild, das der SPD-Ministerpräsident die Reform auf einem Parkplatz in der Prignitz absagte und es nicht etwa ein abgestimmtes und gemeinsames Agieren beider Koalitionspartner dazu gab. Und das obwohl zugesagt war, dass nicht DIE LINKE als letzte die Reform verteidigen würde.

Wesentlich schwerwiegender war jedoch, dass es nicht gelang zur Halbzeit dieser Koalition, die mit der Absage der Reform verbunden war, ein politisches und strategisches Zukunftsbild für Brandenburg zu entwerfen. Die Regierung verlor sich im klein-klein der Umsetzung von Koalitionsvorhaben. Eine Linie war nicht mehr erkennbar und so blieb vieles Stückwerk. Die großen Zukunftsfragen der Gestaltung der Digitalisierung wurden weder gestellt noch beantwortet. Die große Linie bei den Fragen der Mobilität, des bezahlbaren Wohnens und des Klimaschutzes nicht erkennbar. Bildungsgerechtigkeit und Lösung des zunehmenden Fachkräftebedarfes – Fehlanzeige.

So verloren wir das Vertrauen der Bürger\*innen in unsere Lösungskompetenz und unseren Gebrauchswert als Regierungspartei.

## **Probleme im Wahljahr 2019**

Die Wahlkämpfe in 2019 haben unsere personellen Probleme noch einmal deutlich zu Tage treten lassen. Wir sind deutlich weniger Genoss\*innen und im Durchschnitt älter als noch vor 5 oder 10 Jahren. Ohne die solidarische Unterstützung der Kreisverbände untereinander und der Genoss\*innen aus anderen Landesverbänden, ohne den aufopferungsvollen Einsatz der Kandidat\*innen und der wenigen Aktiven der Kreisverbände wäre eine flächendeckende Plakatierung und Präsenz nicht mehr möglich gewesen. Dass der gesamte Landesverband trotz

der beschriebenen Probleme einen so engagierten Wahlkampf führte, ist der großen Verbundenheit unserer Genoss\*innen und ihrem unermüdlichen Einsatz zu verdanken.

Hinzu kamen personelle Probleme im Landeswahlkampfbüro. In der wichtigen vorbereitenden Phase vor dem Wahljahr fiel der Landeswahlkampfleiter krankheitsbedingt für ein halbes Jahr aus. Koordinationsschwierigkeiten folgten daraus. Der hauptamtliche Apparat im Lothar-Bisky-Haus konnte das nur schwer kompensieren. Durchgängig war das Landeswahlkampfbüro von seiner ersten Sitzung am 26. Juni 2018 bis zur letzten Sitzung vor den Wahlen im August 2019 nie vollständig. Eine längerfristige, verlässliche Terminplanung hätte dazu beigetragen, die Zahl der teilnehmenden Kreisverbände zu verbessern. Der Informationsfluss zu einigen Kreisverbänden war gestört, ebenso die Weitergabe wichtiger Informationen an die Kandidat\*innen. Die Betreuung der Kandidierenden durch die Landesgeschäftsstelle war nicht zufriedenstellend.

Die zeitliche Lage der Wahltermine verschärfte unsere Probleme. Uns fehlte schlicht die Zeit zwischen den Kommunal- und Europawahlen am 26. Mai und der – diesmal sehr früh gelegenen – Landtagswahl am 1. September. Die Materialproduktion stockte und verzögerte sich. Zeitpläne wurden nicht eingehalten, weil keine fristgerechte Zuarbeit erfolgte beziehungsweise objektiv erfolgen konnte. Von einer umfassenden Analyse zu den Ergebnissen vom 26. Mai 2019 oder gar Nachsteuerung für die Landtagswahlkampagne ganz zu schweigen. Die nicht eingehaltenen Fristen führten unter anderem dazu, dass Material zu spät in die Kreise kam und oftmals nur noch schwer verteilt werden konnte.

Bedingt durch den Rücktritt als Ministerin ging uns die designierte Spitzenkandidatin – die bekannteste Politikerin der brandenburgischen LINKEN – als Wahlkampfmotor verloren. Mit einem „jungen und unverbrauchten“ Duo sollte ein Aufbruch der LINKEN an die Wähler\*innen signalisiert werden. Den Bekanntheitsgrad beider Spitzenkandidaten konnten wir auf Grund der kurzen Zeit im Wahlkampf nicht spürbar steigern. Wir konzentrierten uns auf einen zuhörenden Wahlkampf ohne vorgefertigte Antworten und die gemeinsam vom Landeswahlbüro und Landesvorstand getragene Kampagne sollte in Abgrenzung zu dem bisherigen Erscheinungsbild der LINKEN das Signal des Aufbruches verstärken. Das war aus unserer Sicht prinzipiell die richtige Herangehensweise. Die vereinbarte Rollen- und Aufgabenverteilung zwischen Spitzenkandidaten und Wahlstab wurde nicht ausreichend umgesetzt. Kommunikation und Koordination waren auf Grund der hohen Arbeitsbelastung schwierig, weshalb Reibungsverluste entstanden.

Die Erarbeitung unseres Wahlprogrammes war ein sehr partizipativer Prozess, der im März 2018 gestartet wurde – zu spät, denn die Kreisverbände steckten spätestens ab Oktober 2018 bis über alle Ohren in der Vorbereitung der Kommunalwahlen. Der Wahlprogrammwurf wurde im Landesvorstand in mehreren Runden, in den Kreisverbänden und der Landtagsfraktion intensiv diskutiert. Auch dabei zeigte sich das Dilemma, dass er nicht vorab diskutierte Schwerpunkte untersetzte, sondern versucht wurde, aus dem breiten Entwurf Schwerpunkte herauszufiltern. Der Landesparteitag am 15. Juni 2019 zum Wahlprogramm nahm trotzdem deutliche Veränderungen vor. Mühsam errungene Kompromisse wurden

durch radikalere Forderungen ersetzt. Abstimmungen zu einzelnen umstrittenen Passagen ergaben Entscheidungen mit 31 Ja-Stimmen, bei 29 Nein-Stimmen und 40 Enthaltungen bei einer Gesamtzahl der Delegierten von 139. Kurz: auf diesem Parteitag fand teilweise eine Umkehr der Deutungshoheit statt. Dadurch fühlten sich ganze Kreisverbände während und nach dem Parteitag nicht ernstgenommen und kündigten an, die getroffenen Entscheidungen im Wahlkampf nicht zu vertreten und ihre Wahlkampfaktivitäten zu überdenken. Der Landesvorstand agierte während des Parteitages nicht gemeinsam und hat seine Mehrheitsposition nicht entscheidend vorgebracht. Die Bereitschaft in einigen Kreisverbänden und auch von Kandidat\*innen mit dem beschlossenen Programm Wahlkampf zu betreiben, war jedenfalls spürbar geringer. Und mit einer gespaltenen Partei kann kein verbindender und erfolgreicher Wahlkampf gelingen.

Den beteiligungsorientierten Prozess, um zu einem Entwurf für das Wahlprogramm zu gelangen, halte ich nach wie vor für richtig und zielführend. Beim nächsten Mal muss dieser Prozess deutlich früher beginnen, es muss weiterhin versucht werden, mehr Akteur\*innen und Genoss\*innen strukturiert in diesen Prozess einzubinden. Der erste Entwurf muss künftig früher vorliegen, um breitere Diskussionen zu ermöglichen – bei einer nächsten Landtagswahl im September 2024 wäre es sinnvoll diesen im Sommer 2022 zu starten um Ende 2023 einen Entwurf vorliegen zu haben. Parallel zum Start des Zukunftsdialogs sollte das Landeswahlkampfbüro konstituiert werden, um hier einen verzahnten Prozess herzustellen. Da wir im Sommer 2020 das Landeswahlkampfbüro zur Bundestagswahl konstituieren und die Landesvertreter\*innenversammlung zur Listenaufstellung für die Bundestagswahl bereits Ende 2020 durchführen, haben wir vom September 2021, dem voraussichtlichen Termin der Bundestagswahl, bis zum Sommer 2022, der Konstituierung des Landeswahlkampfbüros und dem Start des Zukunftsdialogs, etwa ein Jahr zur Strategieentwicklung und zur Diskussion innerhalb der Partei. Hierfür schlage ich vor, eine Planungsgruppe so bald wie möglich durch den Landesvorstand zu berufen. Darin sollen die verschiedenen Institutionen des Landesverbands repräsentiert sein: Landesvorstand, Landesausschuss, Landtagsfraktion, die Landesgeschäftsstelle, die Kreisverbände sollen ebenfalls repräsentiert sein und die LAGen hinzugezogen werden können. Die Planungsgruppe soll dennoch nicht mehr als 10 bis 12 Personen umfassen und sich regelmäßig treffen. Die Aufgaben der Planungsgruppe sollen 1. die Entwicklung verbindlicher Zeit- und Ablaufpläne und 2. die Politikentwicklung in Zusammenarbeit mit den Institutionen der Partei und darum herum sein. Weiterhin schlage ich dringend die Einrichtung eines generellen Controllings als Sonderaufgabe innerhalb des Landeswahlkampfbüros mit besonderem Blick auf Fristen und Inhalte. Generell müssen bei zukünftigen Wahlkämpfen die Abläufe des Landeswahlkampfbüros überdacht werden, hin zu einer verzahnten politischen, inhaltlichen und organisatorischen Ausrichtung der Beratungen. Hier müssen auch die Kompetenzen der einzelnen Parteimitglieder besser genutzt werden und strategischer Sachverstand einbezogen werden. Eine langfristige, verbindliche Terminplanung ist dabei unverzichtbar, da sich häufig die Mitglieder des Landeswahlkampfbüros in mehreren Funktionen befinden. Des Weiteren braucht es (wieder) eine Struktur zur innerparteilichen Strategiebildung.

Doch zurück zum Wahlkampf 2019: In der Zuspitzung auf die Frage „Wird die AfD stärkste Kraft im Land?“, sind uns zahlreiche Wähler\*innen gerade in den letzten Tagen abhandengekommen und haben der SPD und dem amtierenden Ministerpräsidenten ihre Stimme gegeben. Die von uns initiierte zuspitzende Kampagne zu den Forderungen der Hohenzollern mobilisierte zwar weite Teile der Partei und der Bürger\*innen – doch interpretierten dies manche auch wie einen fast schon verzweifelten Versuch, Aufmerksamkeit und endlich „das Wahlkampfthema“ zu finden. Dennoch ist diese Kampagne richtig und wichtig, thematisiert sie doch Eigentumsverhältnisse und die Frage „Wem gehört das Land?“. Vergleicht man die Vorwahlumfragen mit dem Wahlergebnis, erkennt man, dass CDU und Grüne in dieser Polarisierung ebenfalls zahlreiche Wähler\*innen verloren haben.

### **Die Partei in der Krise und wie wir wieder stärker werden**

Das Wahlergebnis vom 1. September macht eins deutlich: Wir stecken in einer tiefen Krise und es liegt an uns gemeinsam zu verhindern, dass sie existenzbedrohend wird.

Wir benötigen Antworten auf die Zukunftsfragen, die wir gemeinsam erarbeiten müssen. Ist dazu unser Grundsatzprogramm noch ausreichend? Sind die Veränderungen mit ihrer hohen Innovationsdynamik in Wirtschaft und Gesellschaft so weitreichend, dass die bisherigen LINKEN Antworten nicht mehr ausreichend, nicht mehr glaubwürdig sind? Müssen wir deshalb unsere Programmatik weiterentwickeln? Es ist eine politisch-strategische Kernfrage, ob es uns gelingt, die sozialen und ökologischen Herausforderungen, die mit diesem Wandel verbunden sind, zu erkennen und daraus Ziele für linke Politik zu definieren – denn Ziele sind eine Voraussetzung um eine Strategie und Taktiken zu entwickeln. Dazu brauchen wir wieder mehr innerparteiliche Debattenräume – seien sie thematischer Natur, beispielsweise in der Einbeziehung der Landesarbeitsgemeinschaften, die Frage nach neuen Arbeitsformaten oder auch in Diskussionsforen zu aktuellen Themen. Wir benötigen Klarheit und Entscheidungen in den allzu lange geführten inhaltlichen Streitfragen.

Wir benötigen eine andere Form des politischen Miteinanders und einen kulturvoll gepflegten Diskurs – ohne Durchstecherei an die Medien, ohne persönliche Angriffe. Wir brauchen eine Anerkennungskultur für geleistete Arbeit – auf allen Ebenen. Diskurse sind wichtig und richtig, aber man muss auch die Möglichkeit haben können, am Parteileben und an Entscheidungsfindungen teilzuhaben.

Und: Wir müssen Zusammenrücken – gerade in einer Zeit, in der wir schwach sind, dürfen wir aktive Mitstreiter\*innen nicht vor den Kopf stoßen, weil sie unbequem sind oder quer denken. Wir brauchen jede Genossin und jeden Genossen – in der Vielfalt liegt die Kraft – und wir benötigen ein solidarisches Miteinander, in dem das Verbindende in den Vordergrund und das Trennende in den Hintergrund gerückt wird.

Wir benötigen eine inhaltliche Fokussierung auf zentrale Themen und die Bereitschaft diese in langen Linien zu bearbeiten, verknüpft mit thematischen Mitgliedergewinnungskampagnen.

Wir benötigen Haltung, um uns den Angriffen der politischen Gegner\*innen von Rechts entgegen zu stellen und die Systemfrage wieder von Links auf die Tagesordnung zu setzen. Der gesellschaftliche Diskurs muss wieder nach links gerückt werden.

DIE LINKE. Brandenburg hat nur noch 5.500 Mitglieder. Unsere finanziellen Spielräume werden deutlich eingegrenzt. 200.000 Euro fehlen uns aufgrund des Wahlergebnisses jedes Jahr für die politische Arbeit im Landesverband. Rücklagen für die folgenden Wahlkämpfe zu bilden ist nur mit Hilfe der Bundespartei in ausreichendem Maß möglich. Wir müssen den Mitglieder-rückgang stoppen und wieder mehr werden. Deshalb ist eine intensive Mitgliederwerbekampagne angezeigt. Doch das allein hilft nicht. Wir müssen es besser schaffen, dass Neumitglieder nicht nach wenigen Monaten unsere Partei wieder verlassen. Sie benötigen inhaltliche Angebote für politisches Arbeiten. Wir brauchen Schulungsangebote für die Parteiarbeit. Die politische Bildung muss verstärkt werden.

DIE LINKE. Brandenburg wird sich nicht aus der Fläche zurückziehen. Unsere Geschäftsstellen müssen attraktiver ausgestaltet und für politischen Austausch und politische Kultur geöffnet werden. Zusätzlich müssen wir uns Gedanken machen, wie unsere Parteiarbeit darüber hinaus zeitgemäß gestaltet werden kann, digitale Möglichkeiten genutzt werden können und konzeptionelles und vernetztes Arbeiten möglich wird.

Die Zusammenarbeit mit dem Jugendverband, dem kommunalpolitischen Forum und der Rosa-Luxemburg-Stiftung muss intensiviert werden. Auch diese drei Institutionen haben schwindende finanzielle Ressourcen aufgrund des Wahlergebnisses. Zusammenrücken, gemeinsame Planung und abgestimmtes Vorgehen ist das Gebot der Stunde. Dafür ist es sinnvoll zu einer wirklichen gemeinsamen Jahresplanung zu kommen. Denn aktuell ist die Jahresplanung ein gegenseitiges Abfragen von Terminen, die wir in der Landesgeschäftsstelle in den Kalender eintragen. Ich wünsche mir einen inhaltlichen Austausch, Hinweise für Bedarfe in den jeweiligen Institutionen und gegenseitige Unterstützung in der jeweiligen Arbeit.

Die kommunalen Mandatsträger\*innen, die Kommunalpolitik an sich, ist und bleibt das Rückgrat und Herz der brandenburgischen LINKEN. Ihnen muss zukünftig mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden mit maßgeschneiderten Schulungsangeboten und einer stärkeren Vernetzung untereinander und mit der Landtagsfraktion.

Die Frage nach unserem Gebrauchswert – und vor allem die Antwort! – ist aber wichtiger denn je. Denn in Zeiten, in denen rechte Parteien auf dem Vormarsch sind, in denen die soziale Ungleichheit eskaliert, internationale Konflikte mehr und unübersichtlicher werden, kann es sich eine linke Partei nicht erlauben, sich in der Nabelschau zu verlieren. Es ist die Aufgabe eines jeden von uns, egal in welcher Ecke dieses Landes, egal in welcher Funktion, dieser gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Das heißt nicht, nicht auszusprechen was ist oder die Hände in den Schoß zu legen und auf die allumfassende Lösung (am besten mit nur einem Fingerschnippen) zu warten. Ganz im Gegenteil: „uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.“

## **Machen wir es konkret**

So wenig wie es die eine Ursache für unsere Misere gibt, so wenig gibt es nur die eine Lösung dafür. Auf den Fotodokumentationen der Regionalkonferenzen sehen wir viele kleine Ursachen. Wir haben aber auch viele kleine Lösungen, die jetzt in die strategisch-inhaltliche Debatte integriert und aus denen Schwerpunkte herausgefiltert werden müssen. Denn auch wenn es sich für uns momentan nicht so anfühlt: wir haben in diesen Landesverband 5.500 Genossinnen und Genossen, die alle gemeinsam an Lösungen arbeiten. Und wenn diese 5.500 voneinander wissen und an Schwerpunktthemen gemeinsam nach vorn gehen und sich entfalten, wenn sie gemeinsam davon überzeugt sind, das Richtige zu tun, wenn sie gemeinsam für eine solidarische und gerechte Gesellschaft brennen und gegen rechte Hetze brüllen – dann wird DIE LINKE auch wieder gesellschaftlich stärker werden.

Die durchgeführten Regionalkonferenzen waren Bestandteil einer gemeinsamen umfänglichen Wahlauswertung. Ziel war es, möglichst viele Perspektiven in die Wahlauswertung einfließen zu lassen und nicht nur eine Perspektive gleich nach der Wahl aufzuschreiben und zu diskutieren. Denn nach solch einem Wahlergebnis müssen möglichst viele gehört werden und auch Schlussfolgerungen gemeinsam getroffen werden. An den fünf Regionalkonferenzen beteiligten sich rund 400 Genoss\*innen. In allen Regionalkonferenzen und bei vielen Besuchen in Kreisverbänden zeigte sich ein großer Wille gemeinsam nach Vorn zu diskutieren – dafür möchte ich mich von Herzen bedanken!

Es gab den ausdrücklichen Wunsch nach mehr innerparteilicher Bildung – einerseits zu politischen Grundlagen und zu linken Debattenständen, andererseits aber auch zur Arbeit innerhalb von Strukturen und zur Qualifizierung. Dem müssen wir in Zusammenarbeit mit dem kommunalpolitischen Forum und der Rosa-Luxemburg-Stiftung gerecht werden.

Gemeinsam teilen wir die Erkenntnis, dass die Parteistrukturen gründlich analysiert und überarbeitet werden müssen. Der 2015 begonnene innerparteiliche Strukturreformprozess muss wieder aufgenommen werden. Die Handlungsfähigkeit der Partei in der Fläche des Landes muss gesichert werden. Dazu müssen wir uns stärker vernetzen und den Informationsfluss von unten nach oben und von oben nach unten verbessern und sicherstellen. Dabei hilft es nur begrenzt, wenn wir uns gegenseitig Mails hin und her senden. Der direkte und persönliche Austausch mit möglichst vielen Genoss\*innen ist mir wichtig. Die Regionalkonferenzen nach der Wahl waren hierfür ein guter Debattenraum. Deshalb haben wir sie im Jahresplan 2020 fest eingeplant – denn sie sind ein Ort, um Politik gemeinsam von unten zu entwickeln, zur Diskussion und zum Austausch auf Augenhöhe. In aller Offenheit und Ehrlichkeit und dabei in aller Solidarität. Die Ideen und Interessen jedes einzelnen Mitglieds unserer Partei – die kollektive Kraft unseres Landesverbandes – unsere Stärke.

Auf den Regionalkonferenzen hat sich auch gezeigt, dass wir Vernetzung und Informationsflüsse parteiintern besser organisieren müssen, denn klar ist: wir sind eine Mitgliederpartei zum Mitmachen! Bestehende „Komplettpakete“ wie den Newsletter müssen wir daher überarbeiten und über weitere modulare und interessensspezifische Formate wie zum Beispiel In-

fokanäle nachdenken. Aber auch die persönliche und fachliche Vernetzung müssen wir verbessern. Mit dem Ergebnis zur Kommunalwahl haben wir 1/3 unserer kommunalen Mandate verloren, in vielen Fraktionen fand ein Generationswechsel statt. Hier müssen wir gemeinsam den Wissenstransfer, die Vernetzung und auch das gemeinsame Arbeiten an Themen organisieren – und hier sind sowohl die Partei mit ihren aktiven vor Ort, als auch die Landtagsfraktion und das kommunalpolitische Forum gefragt. Wenn wir es schaffen, über die Grenzen von Gliederungen und Gremien hinweg das miteinander zu verknüpfen, was kommunale Mandatsträger konkret zu Wohnungsbau, Kita und Verkehr abstimmen oder einbringen, was unsere Aktiven in den (Protest-)Gruppen der Betroffenen besprechen, was Fraktionen in Land- und Bundestag an Rahmenbedingungen angreifen und was wir als Alternative am Horizont anstreben, dann lebt das strategische Dreieck, dazu unten mehr. Das setzt voraus, dass wir unseren Aktiven und kommunalen Mandatsträger\*innen lebens- und problemlagenorientierte Angebote machen.

Bei aller Struktur brauchen wir aber auch Räume zur Strategie- und Politikentwicklung – die aber selbstverständlich nicht frei schwebend über den Strukturen sind, sondern als kommunizierende Röhren funktionieren. Und zwar nicht als kurzfristiges Reagieren auf Geschehnisse von außen, sondern als langfristiges Projekt, als Diskussionsprozess in langen Linien, als Freiraum auch außerhalb der gängigen Debatten, als Ideen- und Zukunftswerkstatt.

Leider haben wir das strategische Dreieck (parlamentarische, außerparlamentarische Aktivitäten und politische Visionen über den Kapitalismus hinaus) und vor allem die Debatte darum immer mehr aus dem Blick verloren. Auch wenn die Diskussion nicht immer einfach war, bin ich davon überzeugt, dass sie hätte fortgeführt werden müssen. Die Auseinandersetzung damit, welches Verhältnis wir zwischen Protest, Gestaltungsanspruch und über die derzeitigen Verhältnisse hinausweisenden demokratisch-sozialistischen Alternativen sehen, ist mehr als ein geometrischer Formelkompromiss. Wir müssen dieses Spannungsfeld konstruktiv nutzbar machen für unseren politischen Diskurs und vor allem für unsere politische Praxis. Spannung erzeugt Stärke. Nur wo Spannung ist, kann Strom/Energie fließen – auch gegen Widerstand. Spannung drückt die Fähigkeit aus, Ladungen zu verschieben. Ich finde, diese Metapher beschreibt gerade sehr gut, was unsere politische Aufgabe ist: Spannung aufbauen, Energien kanalisieren, Stärke daraus erwachen lassen, um so die Dinge/Verhältnisse in Bewegung zu setzen – bestenfalls zum Tanzen zu bringen.

Bei aller Selbstkritik müssen wir uns aber auch eines vor Augen führen: Die (historische) Aufgabe einer Partei wird nicht nur in ihren aktuellen Wahlergebnissen gemessen. Wir sind *die* standhafte, aktive und laute Kraft gegen Rechts und für Frieden. Im gesellschaftlich polarisierten Klima haben derzeit noch viele Demokrat\*innen Bauchschmerzen bei dem Gedanken, dass die Verteidigung der Demokratie auch von ihnen erfordert, die Komfortzone zu verlassen, sich klar zu positionieren und damit womöglich auch Abneigung auf sich zu ziehen – ob unter Kolleg\*innen oder im Sportverein. Wir sind diejenigen, die durch unsere klare Haltung derzeit Orientierung bieten, auch für die, die es weniger gewohnt sind, sich in gesellschaftliche Auseinandersetzungen hinein zu begeben. Wir sollten nicht unterschätzen, dass wir auch auf Menschen ausstrahlen, die nicht zur unseren Wähler\*innen und schon gar nicht zu unse-

ren Mitgliedern gehören. Neben dem Kampf gegen Rechts müssen wir aus meiner Sicht aber auch die Eigentumsfrage zum zentralen Aktionsfeld machen und dabei diese immer wieder auf konkrete Landespolitik herunterbrechen. Denn die Eigentumsfrage ist eine zutiefst soziale Frage, eine Frage der Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft und eine Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge – und sie berührt zutiefst unsere linke DNA. Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, gemeinsam daran fortlaufend zu arbeiten.

Ich bin gewillt, gemeinsam mit unserer Landtagsfraktion an einer langfristigen Strategie und an daraus abgeleiteten politischen Projekten weiter zu arbeiten. Die Landespartei hat dabei die Aufgabe, die Richtung vorzugeben und die Fraktion bei der Umsetzung mit aller Kraft zu unterstützen. Als konstruktive Oppositionspartei müssen wir auch die außerparlamentarischen „Druck“mittel, wie Volksinitiativen, klug einzusetzen bereit sein.

Bei diesem wie auch bei unseren anderen Herzensthemen geht es nicht darum, unsere Grundhaltungen in Frage zu stellen, sondern darum, sie auf neue gesellschaftliche Situationen neu anzuwenden. Dazu brauchen wir eine ergebnisoffene innerparteiliche Diskussion „Gutes Regieren / Gestalten“. Wir müssen einerseits aufarbeiten, wie wir die letzten 10 Jahre regiert haben, aber den Diskurs auch nach vorn wenden – damit ist ausdrücklich nicht gemeint, Regierung im Wartestand zu spielen. Uns stellt sich ja auch jetzt auf kommunaler Ebene die Frage, wie wir Gestaltungsmöglichkeiten mit Protest und weitergehenden Vision verknüpfen. Dies sollte verbunden sein mit einem breiten Diskussionsprozess, was es heißt eine sozialistische Partei inmitten sich immer zuspitzender gesellschaftlicher Bruchlinien in der Moderne des 21. Jahrhunderts zu sein. Wie gehen wir mit einer immer schneller werdenden Abfolge unterschiedlichster Themen, die eine noch schnellere und zugespitztere mediale Widerspiegelung finden, um? Und wenn wir uns einig darin sind, dass wir künftig weniger Themen längerfristig und verbunden mit einer Mitgliedergewinnungskampagne bearbeiten wollen – was sind diese Themen? Dazu brauchen wir einen gesellschaftlichen Dialog mit Aktiven im Land – mit Künstler\*innen, politischen Akteur\*innen und der Wissenschaft – für emanzipatorische gesellschaftliche Mehrheiten links der Mitte. Gesellschaftliche Mehrheiten fallen nicht vom Himmel, sondern sie müssen erstritten und erkämpft werden. Diesen Prozess zu gestalten ist die Aufgabe unserer Partei in den kommenden Jahren.

Dieses Papier stellt einen Beitrag zur Diskussion der Ursachen, Lösungsansätze und Gedanken dar, die momentan diskutiert werden. Es soll auch keinesfalls die Erfolge schmälern, die wir unbenommen in den vergangenen 10 Jahren errungen haben. Aus meiner Sicht ist es aber notwendig, auch einen Blick auf die Abfolge der Ereignisse zu werfen um dann gemeinsam nach vorn gehen zu können. Denn eines ist sicher: Es gibt für mich keinen anderen Weg, als gemeinsam den Weg aus dieser Situation zu gehen. Mit der Kraft und der Weisheit der Vielen, nicht mit der eines einzelnen. Einen Schritt nach dem anderen.

Zu diesen Schritten gehören – neben den bereits stattgefundenen oben erwähnten Regionalkonferenzen –, der Wahlauswertungsparteitag im Dezember 2019, auf dem wir eine Auswertung der Ergebnisse gemeinsam vornehmen werden. Aber auch eine Kreisbereisung im Januar und Februar 2020 zur Bestandsaufnahme und zum intensiven Dialog mit unseren Kreisver-

bänden. Im April 2020 werden wir dann planmäßig eine gut fundierte und mit den Kreisverbänden abgestimmte Auswertung all dieser Maßnahmen vorlegen um gut strukturiert die Arbeitsaufgaben für die nächsten Jahre gemeinsam festzulegen. Dieser Weg ist ein aufeinander aufbauender Prozess, den wir aus meiner Sicht gemeinsam aber gehen müssen um nicht Gefahr zu laufen, den Landesverband zu destabilisieren. Denn es ist unser aller Verantwortung, in Zeiten, in denen sich die Gesellschaft massiv im Umbruch befindet, ein stabiler Partner für all jene zu sein, die gemeinsam mit uns für eine solidarische, gerechte, ökologische und welt-offene Gesellschaft kämpfen wollen. Lasst es uns gemeinsam anpacken!